

Ernst Stark

Verfassungsfragen einer Arbeitsplatzsicherung durch Tarifvertrag

VVF

INHALTSVERZEICHNIS

A. EINLEITUNG	1
I. Gleichberechtigte Mitentscheidung der Arbeitnehmer als Grundanliegen der Gewerkschaften	1
II. Gesetzgeberische Schritte zur Schaffung einer gleichberechtigten Stellung der Arbeitnehmer	2
III. Der Tarifvertrag als zweite Form der Mitbestimmung neben der gesetzlich institutionalisierten Mitbestimmung?	4
IV. Zweifel an der Eignung des Tarifvertrags als Instrument gleichberechtigter Mitentscheidung in der Praxis	9
B. ARBEITSPLATZSICHERUNG ALS GEGENSTAND DER TARIFAUTONOMIE	13
I. Arbeitsplatzsicherung durch Bindung der unternehmerischen Entscheidung nach dem TVG	14
1) Bindung der Unternehmerentscheidung als normative Tarifvertragsregelung	14
a) Einflußnahme auf die Unternehmerentscheidung als betriebliche Norm	15
b) Einflußnahme auf die Unternehmerentscheidung als Inhaltsnorm	18
2) Bindung der Unternehmerentscheidung durch schuldrechtliche Tarifvertragsregelung	19
3) Die Aussagekraft des TVG	20
II. Das Verhältnis zwischen TVG und Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	22
1) Einflußnahme auf die Unternehmerentscheidung und einfachgesetzliche Ermächtigung	23
2) Begrenzende oder nur schützende Wirkung des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG auf die Tarifautonomie?	26

3) Ergebnis	29
III. Tarifvertragliche Arbeitsplatzsicherung durch Bindung der Unternehmerentscheidung als Gegenstand der in Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG umrissenen Tarifautonomie	30
1) Die Auslegung des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	30
a) Allgemeines	30
b) Überblick über einige Definitionen zum Gegenstand der Tarifautonomie	31
2) Die Bedeutung der Formel "Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" für den Regelungsbereich der Tarifautonomie	34
a) Die Eignung der Formel zur Ermittlung des Gegenstandes der Tarifautonomie	34
aa) Rückgriff auf die Verfassungswirklichkeit	35
bb) Konkretisierung des Bereichs der Tarifautonomie über den Zusammenhang mit anderen Verfassungsbestimmungen	36
b) Der mögliche Wortsinn des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG	40
c) Der Zusammenhang zwischen den Arbeits- und den Wirtschaftsbedingungen	42
d) Zwischenergebnis	46
IV. Einschränkung des tarifvertraglich regelbaren Bereichs	48
1) Die Begrenzung der Tarifautonomie auf traditionelle Gegenstände des Tarifvertrags	48
2) Das Kriterium des "unmittelbaren Zusammenhangs"	51
3) Die Beschränkung der Tarifautonomie auf Fragen des Arbeitsmarktrisikos im Gegensatz zum allgemeinen Marktrisiko	56
V. Konkretisierung des tarifvertraglich regelbaren Bereichs	61
1) Konkretisierung aus den Funktionen der Tarifautonomie	62

2) Inhaltliche Weite der tarifautonomen Regelungsbefugnis als Konsequenz der gescheiterten Eingrenzungsversuche	63
a) Die äußersten Grenzen der Regelungsbefugnis	63
b) Ergebnis: Arbeitsplatzsicherung durch Bindung der Unternehmerentscheidung als Gegenstand der Tarifautonomie	66
C. SOZIALPOLITISCHE GESETZGEBUNG UND REGELUNGSBEFUGNIS DER TARIFVERTRAGSPARTEIEN	69
I. Tarifvertragliche Bindung der Unternehmerentscheidung und gesetzlich institutionalisierte Mitbestimmung	71
1) Problemlage	71
2) Ausschlußwirkung der Mitbestimmungsgesetzgebung?	73
a) Anhaltspunkte für die Ausschlußwirkung	73
b) Argumente gegen die Ausschlußwirkung	76
c) Ergebnis	79
II. Tarifvertragliche Bindung der Unternehmerentscheidung und Marktwirtschaftsordnung	80
1) Problemlage	80
2) Die Vereinbarkeit einer tarifvertraglichen Bindung der Unternehmerentscheidung mit der geltenden Wirtschaftsordnung	81
a) Die Vereinbarkeit mit dem GWB	81
b) Argumente für die Begrenzung tarifvertraglicher Arbeitsplatzsicherung durch ein gesetzliches Wirtschaftsordnungsprinzip	85
c) Bedenken gegen die Argumentation aus einem gesetzlichen Wirtschaftsordnungsprinzip	91
aa) Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes	91

bb) Unterscheidbarkeit zwischen Datensetzung und unmittelbarer Bindung der Unternehmerentscheidung	93
cc) Kritik an der Argumentation aus einem übergreifenden gesetzlichen Ordnungsprinzip	96
dd) Ergebnis	101
III. Tarifvertragliche Bindung der Unternehmerentscheidung und Vorbehalt des staatlichen Gesetzes	102
1) Die Fragestellung	102
2) Gründe für einen Regelungsvorbehalt zugunsten des Gesetzgebers	103
3) Argumente gegen einen Regelungsvorbehalt zugunsten des Gesetzgebers	105
4) Ergebnis	107
IV. Die Bedeutung der sozialpolitischen Gesetzgebung für die tarifvertragliche Arbeitsplatzsicherung durch Bindung der Unternehmerentscheidung	109
D. ARBEITSPLATZSICHERUNG DURCH TARIFVERTRAG UND GRUNDRECHTE	110
I. Die Grundrechtsbindung tarifvertraglicher Regelungen	111
1) Der Abschluß des Tarifvertrags als "Gesetzgebung" im Sinne des Art. 1 Abs. 3 GG	112
2) Grundrechtsbindung aufgrund staatlicher Delegation der Rechtsetzungsmacht	114
3) Staatsanaloge Grundrechtsbindung wegen Ausübung einer staatsanalogen sozialen Gewalt	116
4) Grundrechtsbindung aufgrund des Allgemeinheitsbezugs tarifautonomer Regelung	123
5) Die Anwendung der Grundrechte auf tarifvertragliche Regelungen	129
a) Die Gefahr einer richterlichen Tarifzensur	129

b) Die Grundrechtseinschränkung durch Tarifvertrag	132
II. Tarifvertragliche Bindung der Unternehmerentscheidung und grundrechtlicher Schutz der unternehmerischen Freiheit	136
1) Tarifvertragliche Bindung der Unternehmerentscheidung und Art. 14 GG	137
a) Der Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	137
b) Tarifvertragliche Arbeitsplatzsicherung durch Einschränkung der unternehmerischen Leitungs- und Dispositionsmacht als Sozialbindung	141
2) Tarifvertragliche Bindung der Unternehmerentscheidung und Art. 12 Abs. 1 GG	157
a) Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	157
b) Schranken des Art. 12 Abs. 1 GG	158
3) Tarifvertragliche Bindung der Unternehmerentscheidung und Art. 2 Abs. 1 GG	160
4) Ergebnis	161
III. Qualitative Besetzungsregelungen und Grundrechte	162
1) Das Grundrecht der von der Tätigkeit ausgeschlossenen Arbeitnehmer aus Art. 12 Abs. 1 GG	163
a) Freiheitsbeschränkung oder Arbeitsplatzverteilung?	164
b) Qualitative Besetzungsregelungen und Schranken des Art. 12 Abs. 1 GG	166
2) Ergebnis	172
E. ÜBERLEGUNGEN DE LEGE FERENDA UND ZUSAMMENFASSUNG	173
I. Überlegungen de lege ferenda	173
II. Zusammenfassung	177